

Gemeinsame Pressemitteilung vom 26. April 2017

Umweltschützer und Imker fordern nationalen Bienenaktionsplan

Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die Aurelia Stiftung haben umfassende Maßnahmen zum Schutz bestäubender Insekten wie Bienen und Hummeln gefordert. Angesichts schwindender Bestände bei den zur Befruchtung von Nutz- und Wildpflanzen wie Obstbäumen, verschiedenen Gemüsesorten, Kräutern und Blumen unverzichtbaren Bestäuberinsekten müsse Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt endlich seine Zusagen für mehr Bienenschutz umsetzen.

„Vor allem die industrielle Landwirtschaft ist für die Verringerung und das Aussterben von immer mehr Insektenarten verantwortlich. Pestizide, Monokulturen und die reduzierte Pflanzenvielfalt gefährden Bestäuber wie Bienen, Wildbienen und Hummeln. Wird der Artenverlust bei den Insekten nicht gestoppt, gefährdet dies nicht nur die biologische Vielfalt sondern auch die Nahrungsmittelproduktion“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Thomas Radetzki, der Vorsitzende der Aurelia Stiftung, der seit langem vor dem Europäischen Gerichtshof für ein Verbot von Pestiziden wie den bienengefährdenden Neonikotinoiden und Glyphosat eintritt, forderte die Umsetzung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips. „Pestizide sind mitverantwortlich für das Bienenvölkersterben. Es geht nicht an, dass die EU-Kommission von den Imkern fordert, ihre Bienenvölker andernorts aufzustellen, wenn mit einer erhöhten Pestizidbelastung zu rechnen ist. Die Tatsache, dass im Honig erhebliche Rückstände von Pestiziden nachweisbar sind, ist höchst beunruhigend für Imker und Verbraucher“, sagte Radetzki.

Werner Kratz, Ökotoxikologe und Privatdozent an der Freien Universität Berlin, wies auf umfangreiche wissenschaftliche Belege für die Schädlichkeit von Pestiziden hin. „Wissenschaftliche Untersuchungen haben die massive Schädigung von Bienen durch zugelassene Mittel wie Neonikotinoide und Glyphosat bewiesen. Damit umweltschädliche Stoffe künftig rechtzeitig identifiziert und verboten werden können, muss das Zulassungsverfahren für Pestizide dringend reformiert werden. Zulassungsprüfungen dürfen nicht länger antragstellenden Herstellerfirmen überlassen sondern müssen von unabhängigen Instituten durchgeführt werden“, sagte Kratz.

Zu den von BUND und Aurelia Stiftung empfohlenen Maßnahmen für einen nationalen Bienenaktionsplan zählen neben der Reform des Zulassungsverfahrens für Pestizide auf nationaler und internationaler Ebene ein verbesserter Schutzstatus für Bestäuber, die Erhaltung und Wiederherstellung vielfältiger Lebensräume, die ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft sowie die Einführung eines Langzeit-Monitorings zur Bestandsentwicklung der Insekten.

Weitere Informationen:

Zum Bienenaktionsplan des BUND und der Aurelia Stiftung (PDF):
www.aurelia-stiftung.de/bienenaktionsplan

Pressekontakte:

Aurelia Stiftung

Thomas Radetzki, Vorstand Aurelia Stiftung, Mobil: 0171-3366569,
E-Mail: thomas.radetzki@aurelia-stiftung.de, www.aurelia-stiftung.de

BUND

Corinna Hölzel, BUND-Pestizidexpertin, Mobil: 0175-4487691, E-Mail: corinna.hoelzel@bund.net
Annika Natus, BUND-Pressesprecherin, Tel. 030-27586-425/-489, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Dr. Werner Kratz, Mobil: 0157-8467814, E-Mail: kratzw@zedat.fu-berlin.de